

Staatsanwaltschaft möchte gegen Wulff ermitteln – Reaktionen

16.02.2012 • Autor: Extern



Wie bereits auf unserer Facebook-Seite berichtet, beantragt die Staatsanwaltschaft Hannover die Aufhebung der Immunität von Bundespräsident Christian Wulff. Reaktionen aus der heimischen Politik (Reihenfolge nach Posteingang):

Joachim Falkenhagen, FDP:

“Die Staatsanwaltschaft als die “unabhängigste Behörde der Welt” hat die Aufhebung der Immunität beantragt, um Ermittlungen gegen den Bundespräsidenten führen zu können. Ein solcher Antrag sagt nichts aus über den Ausgang des Ermittlungsverfahrens. Die Staatsanwaltschaft ist gehalten, dem Verdacht von Straftaten nachzugehen. Das Ergebnis der Ermittlungen wird abzuwarten sein. Verantwortungsvolle Politiker sind aufgefordert, dieses Ermittlungsergebnis abzuwarten, um dann politische Schlussfolgerungen ziehen zu können.”

Torsten Schoeps, WG:

“Das war längst überfällig!”

Stefan Schostok, SPD-Landtagfraktion:

„Dieses ist die Stunde der Justiz, nicht der Politik. Von daher werde ich die Entscheidung der Staatsanwaltschaft heute nicht kommentieren.“

Stefan Wenzel, Bündnis90/Grüne-Landtagsfraktion:

“Die Entscheidung der Staatsanwaltschaft Hannover ist begründet und war nicht anders zu erwarten. Herr Wulff muss sich jetzt den Realitäten stellen. Die Vorwürfe der Vorteilsannahme und des Verstoßes gegen das Ministersgesetz wiegen schwer.”

Björn Thümler, CDU-Landtagsfraktion:

„Das Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft wird dazu beitragen, die erhobenen Vorwürfe gegen den Bundespräsidenten aufzuklären. Nach meinem jetzigen Kenntnisstand gehe ich davon aus, dass diese Vorwürfe ausgeräumt werden.“ Thümler erwarte von der Staatsanwaltschaft Hannover, „dass sie das Ermittlungsverfahren mit höchster Priorität durchführt. Sie wird sich ihrer besonderen Verantwortung bewusst sein“. Thümler warnte vor voreiligen pseudo-juristischen Einschätzungen und erinnerte daran, dass rund 70 bis 80 Prozent der tagtäglich eingeleiteten Ermittlungsverfahren eingestellt würden.”

Thomas Adasch, CDU MdL:

“Die heutige Entscheidung der Staatsanwaltschaft Hannover hat mich als Mitglied des Rechtsausschusses des Niedersächsischen Landtages nicht sonderlich überrascht. Sie wird hoffentlich dazu beitragen, dass die Dinge

abschließend geklärt werden und wir uns schon bald wieder den eigentlichen Sachfragen zuwenden können.“

Urs Müller, Die Unabhängigen – Bürger für Celle

“Erstmals soll gegen einen amtierenden Bundespräsidenten ein Ermittlungsverfahren eröffnet werden. Die Tatsache, dass die Staatsanwaltschaft die Vorwürfe rund um seinen Freund Groenewold als Ermittlungsgrund sieht, wobei Wulff den Vorwurf noch nicht einmal akzeptiert hat zeigt, dass sein Politikverständnis nicht mit den Werten des Amtes vereinbar sind. Auch wenn er es sich nicht eingestehen wollte: Er war seit den ersten Vorwürfen ein Bundespräsident auf Bewährung. Mit flacher Lernkurve hat er die Chance verstreichen lassen. Nun wird der Rücktritt wohl unvermeidbar sein. Immerhin: Die Diskussion um die moralischen Ansprüche an das Amt werden helfen, wieder einen dem Amt, Staat und Grundgesetz würdigen Nachfolger zu finden!”

Behiye Uca, DIE LINKE./BSG:

“Die CDU wollte nach Köhler einen politiknahen Bundespräsidenten. Mit Christian Wulff ist dann jemand gewählt worden, der als Ministerpräsident Teil der politischen Klasse war und als solcher eben beste Beziehungen zur Wirtschaft hat. Und da gehört ein Geben und Nehmen ja anscheinend zum Alltag, wie die vielen Wechsel von Spitzenpolitikern auf gut dotierte Konzernjobs belegt. Eine Art nicht strafbarer ‘Vorteilsnahme’ und ‘Vorteilsgabe’ ist in den letzten Jahren so gesehen gang und gäbe. Die Vorwürfe gegen Wulff sind im Vergleich geradezu geringfügig und lächerlich. Der Rücktritt ist jetzt aber nur noch eine Frage der Zeit und wahrscheinlich auch, ob sich jemand aus der Wirtschaft findet, der die entstehende ‘Versorgungslücke’ des Bundespräsidenten füllt.”